

Subsidiarität

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **75 (1992)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-413887>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FREIDENKER – INTERNATIONAL

C Am 30. August 1992 tagte unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Jean Gremling, Luxemburg, das Exekutiv-Büro der Weltunion der Freidenker (WUF). Haupttraktandum war der «WUF-Kongress 1993», dessen Durchführung in der Tschecho-Slowakei vorgesehen war.

Die von den Prager Freunden eingereichte Offerte wurde eingehend erörtert. Rein finanziell gesehen, war das Angebot sehr vorteilhaft. Der Durchführungsort, ca. 35 km ausserhalb Prags im Grünen gelegen, entsprach jedoch den Anforderungen nicht. Ein Freidenkerkongress muss medienwirksam und der Öffentlichkeit leicht zugänglich sein, was nur im Zentrum einer Stadt möglich wäre. Ein Kongress in der Natur, im Abseits, wäre kontraproduktiv.

Im Hinblick auf die finanziellen und personellen Schwierigkeiten des CSFR-Verbandes traf das Exekutiv-Büro den Entscheid, den Prager Kongress zurückzustellen, bis sich die wirtschaftliche und politische Lage des Landes stabilisiert und sich der Freidenker-Verband der CSFR weiter verstärkt hat, damit die Voraussetzungen für die Durchführung eines erfolgsversprechenden und medienwirksamen Kongresses in Prag geschaffen sind.

Der Kongress 1993 sollte, so wünscht es die Leitung der WUF, im deutschsprachigen Teil Europas durchgeführt werden (Schweiz, Österreich, Deutschland). Kandidaten sind gesucht.

P Auch der polnische Freidenkerverband hat seine Schwierigkeiten. Die große Mehrheit in der Regierung Polens setzt sich aus ultra-katholischen und nationalistischen Persönlichkeiten zusammen, die die Schaffung eines voll auf die Maximen der katholischen Kirche ausgerichteten Staates anstreben.

Das für Fragen der Frauen, Familie und Jugend zuständige Amt wurde von Anna Popowicz geleitet. Diese Frau und ihre Mitarbeiterinnen widersetzten sich der Absicht der Regierung, den Religionsunterricht an den Schulen wieder einzuführen, kämpften für die Beibehaltung des

Rechts auf Schwangerschaftsabbruch und traten für einen laizistischen Staat ein. Anna Popowicz und acht Mitarbeiterinnen wurden dispensiert; das Verschwinden dieses für die reaktionäre Regierung störenden Amtes dürfte endgültig sein. Inzwischen wurde der Katechismus-Unterricht für sämtliche Schulen ab 1. 9. 92 obligatorisch erklärt!

Die Ansprüche der polnischen Kirche werden immer dreister. So verlangt sie die Rückgabe sämtlichen Besitzes (Immobilien, Ländereien), der im Laufe der vergangenen hundert (!) Jahre vom Staat übernommen wurde. In zahlreichen dieser Gebäude befinden sich seit Jahrzehnten Spitäler, Schulen und auch die Warschauer Universität. Mit der Rückerstattung (Wie kamen diese Güter seinerzeit in den Besitz der Kirche?) verlieren alle diese öffentlichen Institutionen ihren Sitz, sie müssen liquidiert werden – es sei denn, man unterwerfe sich voll dem Diktat der katholischen Kirche.

Unsere polnischen Gesinnungsfreunde verrichten eine immense Arbeit; sie stehen ein für einen laizistischen, offenen und demokratischen Staat, verlangen freie Marktwirtschaft und enge Bindungen an das entstehende neue Europa.

Die Leitung der WUF bestimmte ein Komitee von französischen Freidenkern, die den polnischen Freunden mit der Ausarbeitung von gemeinsamen Resolutionen an das polnische Volk beistehen sollen, um dieses aufzuklären und es zu ermutigen, sich nicht von einer Diktatur in eine andere (kirchliche) manövrieren zu lassen.

F Der diesjährige Kongress des Nationalen Französischen Freidenker-Verbandes fand vom 25. bis 30. August 1992 in Malakoff-Paris statt. Zur Eröffnung – und dies sei besonders vermerkt – sprach auch der Maire von Malakoff, einer bevölkerungsreichen Vorstadt im Süden von Paris, deren Behörden den Freidenkern die benötigten Lokalitäten im gemeindeeigenen Konferenz- und Schulzentrum zur Verfügung stellten.

Die statutarischen Geschäfte nahmen zwei Tage in Anspruch, darunter die interessanten Berichte der Redak-

tionen der drei Presseorgane, die von der «Libre Pensée» herausgegeben werden. Statutenänderungen und Wahlen schlossen diesen Teil ab.

Hauptthema waren «die Maastrichter Verträge und die Charta des Laizismus». Es gab sehr engagierte Voten und manchmal fast chaotische Diskussionen, die aber in einer mit sehr grossem Mehr angenommenen Resolution endeten. Darin wird ausgeführt, dass die laizistische Aktualität bedrängt sei von den Maastrichter Verträgen und dem Bestehen eines vatikanischen Europas. Es wird kritisiert, dass schon am Anfang der Verträge das «Prinzip der Subsidiarität» das künftige Europa bestimmen soll, was hiesse, dass die Bürgerinnen und Bürger der Republik keinerlei direkte Kontrollmöglichkeit gegenüber der ganzen Verwaltung mehr haben.

Subsidiarität ist das Prinzip, wonach auf höherer Ebene nur zu regeln ist, was auf niedriger schlechter oder gar nicht geregelt werden kann.

Die Idee ist protestantischen Ursprungs. Sie wurde 50 Jahre nach Luthers Reformation von norddeutschen Calvinisten entwickelt, um sich gegen den zentralistischen Katholizismus abzugrenzen.

1571 beschloss die Synode von Emden, dass «Fragen, die auf der Ebene der Kirchgemeinde entschieden worden sind, nicht mehr der Synode der Provinz oder des Landes unterbreitet werden sollen».

1891 usurpierte Papst Leo XIII. in seiner Sozialenzyklika *Rerum Novarum* den protestantischen Subsidiaritätsgedanken, galt es doch, die Gläubigen vor Republiken, Demokratien und anderen Teufelswerken in Schutz zu nehmen. Dass die Subsidiarität eine protestantische Idee ist, wissen viele Katholiken nicht. Weiss es Jacques Delors, der das Subsidiaritätsprinzip säkularisiert hat?

Die französischen Gesinnungsfreunde weisen nun darauf hin, dass eine subsidiäre Ordnung nicht nur die Selbstbestimmung der unteren Instanzen maximiert, sondern auch, was die Eurokraten verschweigen, den höheren erlaubt, sozusagen als Gegenleistung, frei zu schalten und zu walten. Europas Mächtige entziehen sich, wenn die einfachen Bürgerinnen und Bürger den Verlockungen der Subsidiarität erliegen, *ökumenisch* der demokratischen Kontrolle. *D. Red.*